

Hans-Martin Schönherr-Mann

Macht und Wahrheit

Zur Aktualität von Hannah Arendts politischer Philosophie

2003, vor dem Krieg gegen den Irak, behaupteten die britische Regierung wie die der USA, das Regime Saddam Husseins verfüge über Massenvernichtungswaffen. Schon die UN-Waffeninspektoren vermochten das nicht zu bestätigen. Seither verstärkt sich der Verdacht zunehmend, es habe sich um eine politische Lüge gehandelt, die den Krieg rechtfertigte. George Bush und Tony Blair erklärten daraufhin unisono, der Krieg habe die Welt sicherer gemacht und einen üblen Diktator gestürzt. Braucht sich die Politik also um Wahrheit nicht zu kümmern? Geht es in der Politik nur um Macht, der offenbar die Lüge eher als die Wahrheit nützt?

Hannah Arendt bemerkt dagegen 1963 in ihrem Vortrag *Wahrheit und Politik*: „Am Ende der zwanziger Jahre (...) wurde Clemenceau von einem Vertreter der Weimarer Republik gefragt, was künftige Historiker wohl über die damals sehr aktuelle und strittige Kriegsschuldfrage denken werden. ‚Das weiß ich nicht‘, soll Clemenceau geantwortet haben, ‚aber eine Sache ist sicher, sie werden nicht sagen: Belgien fiel in Deutschland ein.“¹

Gibt es Wahrheiten, denen die Politik nicht entgeht, mag sie sich noch so sehr anstrengen, um die Welt nach dem eigenen oder dem gewünschten Bilde zurecht zu malen? Das gespannte Verhältnis von Politik und Wahrheit durchzieht Hannah Arendts Werk. Sie will sich nicht damit anfreunden, daß Politik als der Ort, wo die Menschen sich gemeinsam, somit kommunikativ um die öffentlichen Angelegenheiten kümmern, primär auf Lüge, Manipulation und Täuschung aufruht.

1. Die Verdrängung der Tatsachenwahrheit durch totalitäre Ideologien

Aber hat Wahrheit in der Politik überhaupt eine Bedeutung? Logische oder mathematische Wahrheiten nennt Hannah Arendt Vernunftwahrheiten, die sich heute gegenüber der Politik weitgehend neutral verhalten. Als politisch gefährlicher wie gefährdeter erweist sich dagegen die Tatsachenwahrheit vom Schlage jener Feststellung: 1914 fiel Deutschland in Belgien ein. Für den, der die deutsche Kriegsschuld dementieren möchte, sah sich Deutschland dazu gezwungen. Aber bleibt eine Tatsache nicht eine Tatsache? Das Geschehene läßt sich doch nicht rückgängig machen! Hannah Arendt bemerkt: „Politisch aber ist (...) die Scheidung der Tatsachenwahrheiten von der Vernunftwahrheit von großer Bedeutung. Wir brauchen nur an solch anspruchslose Richtigkeiten zu denken wie, daß ein Mann namens Trotzki in der Russischen Revolution eine gewisse Rolle gespielt hat, die in keinem sowjetrussischen Lehrbuch erwähnt wird, um gewahr zu werden, daß keine Vernunftwahrheit es mit der Tatsachenwahrheit an Gefährdung aufnehmen kann. Und da ja Tatsachen und Ereignisse, die unweigerlichen Ergebnisse menschlichen Zusammenlebens und -handelns, die eigentliche Beschaffenheit des Politischen ausmachen, müssen wir in diesem Zusammenhang an Tatsachenwahrheiten primär interessiert sein.“²

Arendt weist nämlich auf ein Paradox hin: Einerseits sind Tatsachenwahrheiten zwar politisch nicht widerlegbar. Es sind schlichte Fakten, Ereignisse, wie sie eben stattgefunden haben. Aber man kann anders als bei Vernunftwahrheiten dafür keine weiteren einsichtigen Gründe angeben, warum die Ereignisse stattgefunden haben. Daß zwei mal zwei nicht fünf ist, das kann man beweisen.

Dagegen bleiben Tatsachen in ihrer unumstößlichen Faktizität Produkte des Zufalls, hätten sie auch immer anders stattfinden können. Somit bedürfen sie der Zuschauer als Zeugen und Berichterstatter, z. B. Homer, der den trojanischen Krieg in seiner *Ilias* beschreibt. Zeugen aber können sich widersprechen oder lügen. Indizien kann man fälschen oder anders interpretieren. Trotzdem gibt es keine Tatsachen, wenn sie niemand bezeugt, brauchen Politiker wie deren Taten eine Öffentlichkeit, die diesen Beachtung schenkt, Journalisten und Historiker, die das festhalten, was am politischen Geschehen bedeutend oder gar wegweisend historisch ist. Arendt schreibt in ihrem philoso-